Ausgabe 2 | Juli 2016

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Wir tun was für Sie!

Altersarmut
im reichen Bayern – das darf es nicht geben!

Einwanderungsgesetz
Für eine gesteuerte Zuwanderung

Wolfsmanagement
Die Rückkehr der großen Beutegreifer

Unterschriftenaktion gegen
TTIP/CETA
Ein Zwischenbericht

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags und wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Wissen, was die Menschen bewegt

Liebe Leserinnen und Leser,

der Politik wird oftmals der Vorwurf gemacht, sie nehme die Sorgen und Nöte der Menschen nicht ernst, sie sei zu abgehoben, zu weit weg vom Leben der Bürgerinnen und Bürger. Für uns FREIE WÄHLER gilt: Dank unserer starken Verwurzelung in den Kommunen wissen wir sehr genau, was die Menschen tatsächlich bewegt. Nicht nur das: In zahlreichen Veranstaltungen wie z. B. „Fraktion vor Ort“ kommen wir mit den Menschen ins Gespräch und auch unsere Fraktionsklausuren nutzen wir sehr bewusst dazu, in den verschiedenen Teilen Bayerns präsent zu sein und die Gegebenheiten vor Ort kennen zu lernen.

Wir stehen für eine sachorientierte, praxistaugliche Politik, die die Bürger mitnimmt und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheidet. Deshalb treten wir beispielsweise weiterhin für ein neunjähriges Gymnasium ein. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nach wie vor unzufrieden mit dem G8 und wünscht sich eine Rückkehr zum G9 mit mehr Zeit zum Leben und zum Lernen. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt wie wir mit guten Gründen auch die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA ab. Wir nehmen diese Bedenken ernst und wollen diese Abkommen durch ein Volksbegehren verhindern.

Wir erarbeiten praxistaugliche Lösungen, um beispielsweise den Ärztemangel auf dem Land zu bekämpfen und damit ländliche Regionen auch weiterhin attraktiv zu gestalten. Wir wollen die Zukunftsthemen Integration und Einwanderung sozial verträglich zum Wohl aller gestalten und setzen auch in diesem Bereich da an, wo das Zusammenleben der Menschen tatsächlich stattfindet: in den Kommunen. Wir brauchen vor allem eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen, um den zusätzlichen Aufgaben von der Integration bis hin zur kommunalen Infrastruktur gerecht zu werden.

Erfahren Sie in der aktuellen Fraktionszeitung mehr über unsere Themen und unsere politische Arbeit.

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81675 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Thinkstock; iStock; Fotolia; Seiten 7, 13: Nic Hartung; Seiten 16–17, 21: Beate Hones; Seite 25: Karl-Heinz Wirth; alle Fotos Fraktion vor Ort/TTIP: Gottfried Obermair

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Fraktionsklausur im Nürnberger Land 6

Wolfsmanagement 8

Wahlfreiheit G8/G9 10

Parlamentarischer Nachmittag „Altersarmut“ 12

FW Konzept Einwanderungsgesetz 14

Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst 15

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Treffen mit Bürgermeistern 16

Haftpflichtversicherung für Asylbewerber? 18

Verfahrensvereinfachung für Wasserkraftanlagen 19

10H-Regelung 20

Reptilienauffangstation 21

Gigabit-Offensive 22

Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Ingenieurgesetz 23

Expertenanhörung Antibiotika und Treffen mit Landesarbeitskreis 24

Rundfunkbeiträge/BR 26

Fraktion vor Ort 27

Zwischenbericht – Unterschriftenaktion der FW zu TTIP/CETA 28

Abgeordnete im Porträt: Nikolaus Kraus 30

Kurz berichtet 31

Zahl des Quartals 31

Was sonst noch los war 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Frühjahrsklausur im Nürnberger Land

Gesundheit und Pflege waren Schwerpunktthemen

Die ausreichende Versorgung des ländlichen Raums mit Hausärzten wird immer schwieriger.

Die Frühjahrsklausur der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stand diesmal ganz im Zeichen der Schwerpunktthemen Gesundheit und Pflege. Wie wichtig die Kenntnis lebensrettender Maßnahmen für jeden Bürger im Ernstfall ist, bekamen die Abgeordneten beim Besuch der BRK-Rettungswache in Hersbruck eindrucksvoll demonstriert. Gerade bei Erster Hilfe kommt es stets auf jede Sekunde an.

„Ohne die mehr als 2.000 freiwilligen Helfer, allein im Nürnberger Land, wären zahlreiche Rettungsmaßnahmen gar nicht denkbar, Menschenleben wären gefährdet."

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL, stellvertrender Fraktionsvorsitzender

Bayernweit sind steigende Einsatzzahlen bei den BRK-Rettungskräften zu verzeichnen. Im Gegensatz zu Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk haben die überwiegend ehrenamtlich tätigen Rettungskräfte aber immer noch deutliche finanzielle und berufliche Nachteile. Hier ist die Landespolitik gefordert. Unsere Fraktion hat dazu bereits mehrere Anträge eingebracht.

„Wir brauchen diese Helfergleichstellung so rasch wie möglich, denn die derzeitige Regelung untergräbt die Einsatzmoral."

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Auch der Notarztmangel im ländlichen Raum wurde im Rahmen der Klausur thematisiert. Immer weniger niedergelassene Ärzte übernehmen Notarztdienste, was unter anderem am derzeitigen Vergütungssystem liegt. Über den ärztlichen Bereitschaftsdienst in Bayern informierte Martin Degenhardt, Fachreferent der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB). Er legte dar, dass vor allem junge Ärzte durch den Bereitschaftsdienst von einer Niederlassung abgehalten werden. Die FREIEN WÄHLER mahnten hier eine zügige Umsetzung der von der KVB entwickelten Reform an.

Ein äußerst wichtiger Faktor der medizinischen Versorgung ist die Hausarztversorgung. Auch hier besteht vor allem im ländlichen Raum ein erheblicher Mangel, wie Dr. Martin Seitz, Hausarzt aus Lauf an der Pegnitz und Kreisrat der FREIEN WÄHLER, deutlich machte. Im Nürnberger Land kommen beispielsweise auf einen Hausarzt rund 1.700 Einwohner. Dies ist eine verheerende Situation. Denn eine Studie hat bewiesen: In Bezirken, in denen die Hausarztdichte niedriger ist, sterben die Menschen früher. Viele Hausärzte müssen angesichts der schwierigen Situation noch über das Rentenalter hinaus praktizieren, weil es schlicht keine Nachfolger gibt. Wir FREIE WÄHLER haben daher bereits vor einiger Zeit einen Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag eingebracht. Damit wollten wir den Zugang zum Medizinstudium erleichtern und so mehr Nachwuchsmediziner generieren.

Das Dauerthema „Pflege“ stand als weiterer Schwerpunkt auf der Tagesordnung. Dazu hatte die Fraktion Rainer Ammende, Vorstandsmitglied des Bayerischen Landespflegerats, eingeladen. Er informierte insbesondere über die Pflegeberufereform und sprach sich dabei für eine generalistische Pflegeausbildung aus. Dadurch könnte eine breitere Pflegekompetenz erreicht werden.

Zudem würden die Absolventen in allen EU-Staaten als Pflegekräfte anerkannt. Als FREIE WÄHLER unterstützen wir diese Forderung. Wir wollen die Qualitätsstandards in der Pflege erhalten. Deshalb muss künftig mehr Gewicht auf die Fort- und Weiterbildung gelegt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch eine mögliche zweijährige Pflegehelferausbildung für Migranten diskutiert, die bereits erprobt wird. Sie enthält auch Integrationsmaßnahmen wie etwa Deutschkurse. Sowohl die FREIEN WÄHLER, das Bayerische Rote Kreuz als auch der Landespflegerat sehen darin einen guten Ansatz, die Pflegefachkräfte in Bayern besser zu unterstützen.

Weitere Themen der Klausur waren das **Pflegeberufegesetz** und die Forderung der FREIEN WÄHLER nach einer **Pflegekammer:** „Wir müssen die Rahmenbedingungen in der Pflege nachhaltig verbessern“, erklärt der gastgebende Abgeordnete und pflegepolitische Fraktionssprecher Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer. Die FREIEN WÄHLER sind überzeugt, dass dies nur mittels einer wirksamen Interessenvertretung für die Pflegekräfte zu erreichen ist.

Ammende sprach sich zudem klar und deutlich für eine Pflegekammer für Bayern aus, wie sie auch die FREIEN WÄHLER fordern. In einer Pflegekammer könnten sich die Pflegekräfte selbst verwalten und würden nicht durch Verbände und das Gesundheitsministerium bevormundet. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Besuch der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bei der BRK-Rettungswache in Hersbruck.

Wölfe im Alpenraum

Welche Auswirkungen hat die Rückkehr der großen Beutegreifer?

Die Veranstalterin der Konferenz Ulrike Müller, MdEP, (1. Reihe, 3. von rechts) mit Hubert Aiwanger, MdL, (1. Reihe, 2. von links) und weiteren Gästen.

Wölfe in den Bayerischen Alpen – für manchen Städter mag dies durchaus eine akzeptable, vielleicht sogar spannende Vorstellung sein. Doch die Erfahrungen der anderen Alpenländer und Bundesländer mit dem Beutegreifer Wolf zeigen, welche Auswirkungen die Rückkehr dieses Raubtiers tatsächlich auf die Landwirtschaft hat. Für mich steht fest: Wolfsrudel in Bayern sind nicht tragbar.

Auf Einladung unserer Europaabgeordneten Ulrike Müller und ihres Südtiroler Kollegen Herbert Dorfmann diskutierten bei der internationalen Konferenz „Auswirkungen der Rückkehr großer Beutegreifer in den Alpenraum“ Schafhalter, Almbauern, Jäger, Wolfsexperten und Herdenschutzfachleute in der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel die Folgen der Ansiedlung großer Beutegreifer in der europäischen Kulturlandschaft.

„In den französischen Alpen sind die drastischen Auswirkungen der fehlenden Beweidung schon deutlich sichtbar. Dort gibt es weiträumige Gebiete, die zunehmend verbuschen.“

Ulrike Müller, MdEP

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir deshalb, in Bayern die Weichen rechtzeitig richtig zu stellen. Es darf hier nicht so weit kommen wie in Frankreich, wo wegen der Wolfsattacken auf Weidetiere kaum jemand mehr die Bergweiden bewirtschaften möchte. Wir brauchen in Bayern zielgerichtete Maßnahmen zum Schutz der Bergweiden. Das ist nicht nur für die Landwirtschaft unabdingbar, sondern auch für die Sicherung der alpinen Tourismusregionen. Dabei ist es mit staatlichen Zuschüssen für den Zaunbau und die Anschaffung von Herdenschutzhunden nicht getan. Grundlage der vielfältigen Fauna und Flora in diesem hochsensiblen Lebensraum ist die extensive Weidehaltung.

„Wir brauchen in allen Regionen Bayerns die Möglichkeit eines schnellen Zugriffs auf sogenannte Problemwölfe, die Weidetiere angreifen oder zu wenig Scheu vor Menschen zeigen.“

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz sind Ausnahmen vom strengen Schutz des Wolfs durchaus möglich. Das Tier kann aus der Region entfernt werden, wenn durch seine Anwesenheit erhebliche Auswirkungen auf Ökosysteme zu befürchten sind. Das ist im bayerischen Alpenraum der Fall. Durch die Übergriffe des Wolfs auf Schafe, Ziegen und Rinder wird die Bergweidewirtschaft unmöglich gemacht. Wir brauchen in allen Regionen Bayerns die Möglichkeit eines schnellen Zugriffs auf sogenannte Problemwölfe, die Weidetiere angreifen oder zu wenig Scheu vor Menschen zeigen.

Die europäische Wolfspopulation ist vernetzt und stabil, sie umfasst mehrere zehntausend Individuen, davon derzeit 300 bis 500 in Deutschland – immer mehr Einzeltiere auch in Bayern. Die Möglichkeit, auf ‚Problemtiere‘ schnell und unbürokratisch zuzugreifen, trägt am Ende sogar zu einer höheren Akzeptanz einer Tierart in den Gebieten bei, in denen sie keinen Schaden anrichten. Das sehen wir am Beispiel des Bibers. Die Agrar- und Umweltpolitik in Bayern und im Bund muss endlich über die jetzigen Managementpläne hinaus tätig werden. ■

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Das achtjährige Gymnasium
ist nach wie vor unbeliebt.

Wahlfreiheit G8/G9

Eine Geschichte mit Happyend?

In der Politik braucht man bisweilen einen langen Atem, um die eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Für eine Oppositionsfraktion gilt das in besonderem Maß. Nun zeichnet sich allerdings ab, dass die FREIEN WÄHLER nach der erfolgreichen Abschaffung der Studiengebühren mit einem weiteren hochbrisanten bildungspolitischen Thema einen Durchbruch erzielen könnten: Die Abkehr vom ungeliebten G8 als verpflichtender Gymnasialform zeichnet sich ab. Als FREIE WÄHLER haben wir das Thema G9 seit Jahren auf unserer politischen Agenda und fordern die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9.

Auf unseren Druck hin hat die Staatsregierung nach der Einführung eines völlig verkorksten „Flexijahrs“ mittlerweile immerhin 47 Modellschulen der sogenannten „Mittelstufe plus“ eingerichtet. Die Anmeldezahlen dort belegen: Etwa zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler entscheiden sich für das G9. Das ist ein deutliches Zeichen! Bei der überwiegenden Mehrheit der Eltern und Schüler ist das achtjährige Gymnasium nach wie vor unbeliebt.

„Es zeichnet sich ab, dass die FREIEN WÄHLER nach der erfolgreichen Abschaffung der Studiengebühren mit einem weiteren hochbrisanten bildungspolitischen Thema einen Durchbruch erzielen könnten: Die Abkehr vom ungeliebten G8 als verpflichtender Gymnasialform.“

Günther Felbinger, MdL
bildungspolitischer Sprecher

Die CSU sollte das endlich anerkennen und entsprechend handeln. Wir haben deshalb von der Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, bis zur Sommerpause einen Fahrplan für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zu erstellen. Damit Schüler und Eltern Planungssicherheit haben, müssen wir zeitnah wissen, wie es weitergeht. Unser Ziel ist, dass ab dem Schuljahr 2017/2018 wieder alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, ein G9 zu besuchen.

Erwartungsgemäß wurde der Antrag zwar abgelehnt, doch wird die Staatsregierung angesichts der Faktenlage schließlich doch nicht umhinkönnen, unsere Forderung in die Tat umzusetzen, wenn sie nicht wieder ein ähnliches Fiasko heraufbeschwören will, wie es die planlose

„Die Anmeldezahlen an den 47 Modellschulen der „Mittelstufe plus“ belegen: Etwa zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler entscheiden sich für das G9. Das ist ein deutliches Zeichen!“

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL,
Mitglied im Bildungsausschuss

und überstürzte Einführung des G8 war. Wichtig ist dabei auch, dass genügend Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Schließlich erfordert ein Jahr mehr Unterricht auch die entsprechenden Personalstärken. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir die Umsetzung hin zu G9 weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten. ■

Günther Felbinger, MdL
Bildungspolitischer Sprecher

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Mitglied im Bildungsausschuss

Droht zukünftigen Rentnern Altersarmut, werden sie ihre Ausgaben sehr genau kalkulieren müssen.

Parlamentarischer Nachmittag

Altersarmut im reichen Bayern – das darf es nicht geben!

Die jüngsten Sozialberichte der Bayerischen Staatsregierung haben erschreckende und gleichzeitig alarmierende Zahlen offenbart: Das Risiko der Altersarmut steigt in Bayern kontinuierlich und deutlich an! Während im Jahr 2006 noch 17,6 Prozent der über 65-Jährigen betroffen waren, betrug die Zahl bis zum Jahr 2013 bereits 22,4 Prozent – Tendenz weiter steigend. Oftmals geht die materielle Armut auch mit sozialer Isolation einher. Gemeinsam mit Experten und einem interessierten Publikum diskutierten wir FREIEN WÄHLER daher unter der Moderation unserer Europaabgeordneten Ulrike Müller dieses brisante Thema im Rahmen eines Parlamentarischen Nachmittags.

In seinem Impulsreferat zeigte Prof. Dr. Gerhard Naegele, Direktor des Instituts für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund, auf, wie präsent Altersar-

mut bereits ist und vor allem in Zukunft sein wird: Im Jahr 2030 droht fast jedem zweiten Neurentner Armut. Naegele zeigte sich dabei überzeugt, dass gerade die Kommunen einen entscheidenden Beitrag zur Lösung dieses Problems beitragen können, z. B. indem sie gezielt günstigen Wohnraum für Senioren schaffen. Naegele führte weiter aus, dass Altersarmut nicht nur eine materielle Sache sei, sondern auch etwas mit „immateriellen Lebensumständen“ wie Teilhabe am öffentlichen und privaten Leben und Mobilität zu tun hat.

„Bayern ist ein reiches Land, dennoch leidet derzeit jeder sechste Einwohner im Freistaat unter Altersarmut.“

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL, generationenpolitischer Sprecher

Dietmar Möhring, Bürgermeister der Gemeinde Aidhausen in Unterfranken, versucht seit einiger Zeit, genau diese Herausforderungen anzugehen. Er berichtete dem Publikum von seinem Modellprojekt, einen ehemaligen Hof in eine alternative, seniorengerechte Unterkunft umzuwandeln. Auf diese Weise sollen zum einen Senioren die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensabend nicht isoliert, sondern in Gemeinschaft und in einem barrierefreien Umfeld zu verbringen, zum anderen sollen damit auch Leerstände in der Gemeinde beseitigt werden. Dabei ist klar: Es gibt keine Einheitslösungen, die Modelle müssen vielmehr individuell entwickelt und den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend ausgearbeitet werden.

Einen weiteren Ansatz, Senioren aus der Altersarmut und aus der sozialen Isolation zu holen, stellte Katharina Mayer vor. Die junge Frau bringt mit ihrer Firma „Kuchentratsch“ Senioren in München zusammen. Sie backen Kuchen, die dann verkauft werden. So erhalten die 25 Rentnerinnen und Rentner durch ihre Anstellung auf 450-Euro-Basis einen Nebenverdienst zur Rente und verbringen Zeit in der Gemeinschaft. Dabei sind die Aspekte der Gemeinschaft und einer sinnvollen Beschäftigung manchmal sogar noch wichtiger als das Geld. Durch das Gemeinschaftserlebnis Backen sind Freundschaften unter den Senioren entstanden. Seitdem unterstützen sie sich nun häufig auch in ihrem privaten Umfeld.

Die Veranstalter des Nachmittags, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Dr. Hans Jürgen Fahn, mit ihren Gästen.

Johann Lampl vom Landesseniorenverband Bayern bezeichnete die sinkenden Renten als Resultat einer verfehlten Politik. Die sogenannte Riester-Rente habe nur der Versicherungswirtschaft, nicht aber den Betroffenen gedient. Als Positivbeispiel für die Rentenpolitik führte er unser Nachbarland Österreich an, wo die Renten signifikant höher sind. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir veränderte Rahmenbedingungen für die Rente. Was wir brauchen, ist eine echte Rentenreform.

„Wir werden uns im Landtag daher weiter für eine grundlegende Reform des Rentensystems einsetzen. Dazu gehören auch eine stärkere Unterstützung der Kommunen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf beziehungsweise von Pflege und Beruf.“

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Rock-Chor des Seniorentreffs Neuhausen, *Loud and Proud.* Die Sängerinnen und Sänger bewiesen eindrucksvoll, wie viel Potenzial in ihnen steckt. Unsere Senioren gehören eben längst nicht zum alten Eisen, sondern sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft! ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Generationenpolitischer Sprecher

Einwanderungsland Deutschland

Für eine gesteuerte Zuwanderung

Das Problem ist seit Jahren bekannt, doch wird es von den politisch Verantwortlichen immer wieder verdrängt: Unabhängig von der aktuellen Flüchtlingskrise müssen wir das Problem des Fachkräftemangels angehen. Wir brauchen aufgrund der demografischen Entwicklung den Zuzug hochqualifizierter junger Menschen und müssen uns endlich dazu bekennen, dass wir ein Einwanderungsland sind. Diese Position vertreten auch nahezu alle Wirtschaftsverbände bzw. Wirtschaftskammern in Deutschland und in Bayern.

„Ohne Zuwanderung sinkt die Bevölkerung in Deutschland in den nächsten 20 Jahren nach den Prognosen diverser Fachgremien voraussichtlich um 10 Millionen Menschen. Hier müssen wir also gegensteuern!"

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL,
Mitglied im Bundes- und Europaausschuss

Anstelle eines ungesteuerten Zuzugs brauchen wir endlich ein Einwanderungsgesetz, das die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht und regelt. Als FREIE WÄHLER plädieren wir für ein Punktesystem, das sich am kanadischen oder australischen Vorbild orientiert. Darin müssen unter anderem Kriterien wie Mindestkenntnisse in der deutschen Sprache, Mindeststandards der beruflichen Qualifikation, das Alter der Bewerber sowie ein in Aussicht gestellter Arbeitsplatz mit einfließen.

Wie solch eine Lösung aussehen könnte, wird nun in Baden-Württemberg erprobt. Dort hat die Bundesagentur für Arbeit ein Modellprojekt auf den Weg gebracht, das im Herbst starten soll. Das „punktebasierte Modell für ausländische Fachkräfte" (PUMA) dient als Steuerungsinstrument für eine gezielte Zuwanderung. Über einen Zeitraum von drei Jahren soll einer begrenzten Zahl von beruflich qualifizierten Menschen aus Drittstaaten ein zusätzlicher kriterienbasierter Zuwanderungsweg im Rahmen eines Punktesystems eröffnet werden. Die praktische Erprobung einer neuen Steuerungsmöglichkeit der Arbeitsmigration ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Ausrichtung der Fachkräftezuwanderung zu gewinnen.

Wir wollen dieses Modell auch für Bayern umsetzen und die dadurch gewonnenen Erkenntnisse im Hinblick auf ein geplantes Gesetz für gesteuerte Zuwanderung auf Bundesebene zusammen mit den Erfahrungen aus Baden-Württemberg berücksichtigt wissen. Wir halten solch einen Modellversuch auch in Bayern für sinnvoll. Bayern als größtes Flächenland in Deutschland könnte damit eine Vorreiterrolle einnehmen. ■

Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, brauchen wir den Zuzug lernwilliger und motivierter junger Menschen.

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Mitglied im Bundes- und Europaausschuss

Teilzeit- und Befristungsgesetz

Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht!

Der neue Lehrer ist beliebt, er ist kompetent – und nach den Ferien leider arbeitslos. Dass Engagement und gute Arbeit leider nicht ausreichen, um eine Arbeitsstelle zu bekommen, diese kuriose Situation gibt es auch in Zeiten des Fachkräftemangels und zwar im Öffentlichen Dienst. Ein Schuldiger: das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG). Eigentlich soll es Arbeitnehmer vor kurzfristigen Verträgen schützen und ihnen langfristig Sicherheit geben. Im Öffentlichen Dienst bewirkt es jedoch das Gegenteil. Denn das TzBfG erlaubt die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen durch den Arbeitgeber nur für maximal zwei Jahre.

Das führt beispielsweise für viele Junglehrer zu untragbaren Situationen. Sofern keine Planstelle frei ist, erhalten sie oft nur einen befristeten Vertrag. Nach zwei Jahren werden sie – egal, wie gut ihre Leistungen waren – nicht weiterbeschäftigt. Denn dazu müsste eine Planstelle her und die gibt's je nach Fächerkombination und Examensnote oft immer noch nicht. Die Folge: Gute und engagierte Lehrer fallen in die Arbeitslosigkeit, denn der Freistaat hat auf dem Gebiet der Schulbildung die absolute Marktmacht. Nicht anders geht es übrigens auch vielen Arbeitnehmern, die im Rahmen der aktuellen Flüchtlingskrise im Bereich der Verwaltung arbeiten. In zwei Jahren werden auch sie auf der Straße stehen und mit ihnen ihr Wissen und ihre Erfahrung.

Und genau hier besteht der Unterschied zu der Situation, die das Teilzeit- und Befristungsgesetz eigentlich regeln möchte. Es geht davon aus, dass es für die Arbeitnehmer viele andere potenzielle Arbeitgeber gibt. Und es geht davon aus, dass dem Arbeitgeber auch die Schaffung unbefristeter Stellen möglich ist, weil er ja gegebenenfalls eine Abteilung wieder schließen und dann betriebsbedingt kündigen kann. Beim Freistaat geht das kaum.

Die aktuelle unbefriedigende Situation mit Befristungen im Öffentlichen Dienst wird die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion auch in den kommenden Monaten beschäftigen. Es gilt nun, Vorschläge zu erarbeiten, wie einerseits die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einer Festanstellung umgesetzt werden können und andererseits das Ungleichgewicht, insbesondere bei Schulen und Kommunen, zwischen fehlenden dauerhaften Planstellen und genehmigten kurzfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten beseitigt werden kann. ■

Peter Meyer, MdL
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

„Dass Engagement und gute Arbeit leider nicht ausreichen, um eine Arbeitsstelle zu bekommen, diese kuriose Situation gibt es auch in Zeiten des Fachkräftemangels – und zwar im Öffentlichen Dienst."

Peter Meyer, MdL, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Kommunalpolitikerkongress im Maximilianeum

Für eine stärkere Vernetzung zwischen Landtag und Kommunen

Wir FREIE WÄHLER sind tief in den Kommunen verwurzelt und die Zusammenarbeit mit unseren kommunalen Mandatsträgern ist uns Landtagsabgeordneten sehr wichtig. Um den Dialog noch weiter zu intensivieren, hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen Kommunalpolitiker-Kongress in den Räumen des Bayerischen Landtags veranstaltet. Zahlreiche Bürgermeister und Kommunalpolitiker folgten der Einladung, um sich mit den Abgeordneten über wichtige Themen auszutauschen.

Ein thematischer Schwerpunkt war die **Asylpolitik.** Die Kommunalpolitiker berichteten, was ihnen hier unter den Nägeln brennt. Die Hauptforderung lautete, die Kommunen von den Kosten der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen dauerhaft zu entlasten. Dass die Staatsregierung nun bei der Anschlussunterbringung wieder Gemeinschaftsunterkünfte bevorzugen will, wurde von den anwesenden Kommunalpolitikern kritisch gesehen. Was die Staatsregierung hier als Hilfe für die Kommunen verkauft, wird vor Ort nicht so empfunden. Im Gegenteil: Die Verunsicherung ist groß und keiner weiß, wie es nun weitergeht.

„Die Kommunen brauchen Rechts- und Planungssicherheit."

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Bereits Ende April hatten die FREIEN WÄHLER einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, in dem sie die Staatsregierung auffordern, deren neue Pläne bezüglich der künftigen Unterbringung von Flüchtlingen zu erläutern. Keinesfalls dürfen die Kommunen auf den Folgekosten für die Unterbringung oder für Sprachkurse von Asylbewerbern und Flüchtlingen sitzen bleiben. Diese Forde-

„Die Arbeitstreffen mit unseren kommunalen Mandatsträgern liefern für unsere parlamentarische Arbeit wertvolle Anregungen."

Florian Streibl, MdL, parlamentarischer Geschäftsführer

rung hat die FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion bereits in der Vergangenheit immer erhoben und dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Auch die räumliche Verteilung der Asylbewerber wurde diskutiert. Wenn Asylbewerber und Flüchtlinge vermehrt in die Ballungsräume drängen, wird sich die Wohnungsnot dort noch weiter verschärfen. Hier muss kraftvoll gegengesteuert werden.

Ein weiteres wichtiges Thema waren die Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen auf die Kommunen. Nachdem nun der Vertragstext des Freihandelsabkommens **CETA** endgültig feststeht, ist leider festzuhalten, dass der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge lückenhaft ist. Wir werden das als FREIE WÄHLER so nicht hinnehmen und kämpfen deshalb weiterhin gegen die Handelsabkommen in ihrer jetzigen Form.

Auch die Forderung nach einem verbesserten staatlichen Förderprogramm für Abwasserkanäle wurde gestellt. Auch hier war die Fraktion bereits mit Anträgen aktiv und wird sich des Themas auch weiterhin annehmen. ■

Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Lesen Sie zum Thema **Asylpolitik** auch:
Haftpflichtversicherung für Asylbewerber? (Seite 18)
Sowie zum Thema **CETA/TTIP** der Zwischenbericht zu unserer Unterschriftenaktion (Seite 28)

„Keinesfalls dürfen die Kommunen auf den Kosten für die Haftpflichtversicherung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sitzen bleiben."

Joachim Hanisch, MdL, kommunalpolitischer Sprecher

Wer zahlt im Schadensfall?

Haftpflichtversicherung für Asylbewerber?

Wer kommt für Schäden auf, die durch Asylbewerber und Flüchtlinge verursacht wurden und bei denen eine private Haftpflichtversicherung den Schaden regulieren würde? Die Absicherung von Haftpflichtschäden ist keine Leistung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und es gibt auch keine gesetzliche Zuständigkeit der Kommunen.

Wie alle anderen Privatpersonen auch haften Asylbewerber und Flüchtlinge für durch sie verursachte Schäden mit ihrem pfändbaren Vermögen. Aber in der Regel verfügen Asylbewerber und Flüchtlinge weder über ein solches Vermögen noch über eine Haftpflichtversicherung. Mit der zunehmenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen steigt damit auch die Zahl von Menschen, die im Schadensfall zahlungsunfähige Schuldner darstellen.

Einige Kommunen haben daher inzwischen bei privaten Versicherungsunternehmen Haftpflichtversicherungen abgeschlossen, damit durch Asylbewerber und Flüchtlinge verursachte Schäden reguliert werden können. Das trägt einerseits unter Umständen zum sozialen Frieden und zu einer erhöhten Akzeptanz der Asylbewerber in den Kommunen bei, aber es steigert andererseits natürlich auch die Kosten der jeweiligen Kommunen. Gerade finanzschwache Kommunen können oder wollen sich das nicht leisten, so dass es dann auch hier eine Ungleichbehandlung gibt: Je nachdem, wo der Asylbewerber untergebracht ist, bekommt im Schadensfall der Betroffene seine Schäden ersetzt oder eben nicht.

Dabei gilt es auch zu bedenken, dass in Deutschland, völlig unabhängig von der Asylproblematik, insgesamt rund 15 Prozent der Haushalte keine private Haftpflichtversicherung haben. Wenn nun aus staatlichen Mitteln für Asylbewerber und Flüchtlinge eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird, stellt sich natürlich auch die Frage, warum dann nicht auch für Arbeitslose oder Geringverdiener?

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir Rechtssicherheit herstellen und auch Kommunen finanziell entlasten und haben bereits im Herbst vergangenen Jahres einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir fordern für diese brisante Frage vehement eine bundeseinheitliche Regelung. Ein möglicher Lösungsansatz wäre, die monatlichen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um 5 bis 10 Euro zu kürzen und dafür eine bundeseinheitliche Haftpflichtversicherung zu schaffen. Keinesfalls aber dürfen die Kommunen auf den Kosten für die Haftpflichtversicherung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sitzen bleiben. ■

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Impression vom Sylvensteinstausee, Gemeinde Lenggries.

Wasserkraftanlagen

Für eine ökologisch innovative Wasserkraftnutzung

Eine dezentrale Umsetzung der Energiewende ist uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion besonders wichtig. Die Staatsregierung torpediert derzeit allerdings eine zukunftsweisende Energiepolitik auch bei einer möglichen Wasserkraftnutzung. Bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres haben wir uns beispielsweise für eine verbesserte Wasserkraftnutzung an der Ammer ausgesprochen, sind dabei jedoch an der CSU-Mehrheit gescheitert.

„Die Wasserkraft hat in Bayern eine lange Tradition. Sie ist für unser Land ein unverzichtbarer Faktor zur Stromversorgung und für eine gelingende Energiewende. Moderne Anlagen erzeugen umweltschonend Energie. Wir wollen sie weiter ausbauen."

Nikolaus Kraus, MdL, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Zwar hat die Staatsregierung bereits im Energiekonzept vom Mai 2011 richtigerweise festgestellt, dass behördliche Verfahren bezüglich der Wasserkraftnutzung beschleunigt werden müssten – passiert ist diesbezüglich aber bis heute nichts. Wir haben deshalb in einem Antrag gefordert, festzulegen, dass die Nutzung der Wasserkraft mit Anlagen ab einer Leistung von 25 Kilowatt grundsätzlich im öffentlichen Interesse liegt.

Zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung wäre nämlich die Festlegung eines Schwellenwerts, ab dem man grundsätzlich von einem öffentlichen Interesse bei der Errichtung einer ökologisch innovativen Wasserkraftanlage ausgehen könnte, äußerst sinnvoll. Mit einer Leistung von 25 Kilowatt kann eine Wasserkraftanlage selbst bei Annahme von nur 4.000 Volllaststunden etwa 28 Durchschnittshaushalte ein Jahr lang mit Strom versorgen. Wie bei anderen Bereichen der Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung, Kanalisation) kann deshalb auch bei der Energieversorgung von Haushalten in dieser Größenordnung unseres Erachtens von einem öffentlichen Interesse ausgegangen werden. ■

Nikolaus Kraus, MdL
Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

10H-Urteil des Verfassungsgerichts

Wie geht es weiter mit der Energiewende?

Im Frühjahr letzten Jahres haben wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zusammen mit den Grünen Klage gegen die von der Staatsregierung beschlossene 10H-Regelung eingereicht. Eine Expertenanhörung im Vorfeld hatte eindeutig ergeben, dass das Gesetz nicht nur inhaltlich unsinnig, sondern auch juristisch höchst fragwürdig ist. Doch die zuständigen Richter haben unserer Klage leider größtenteils nicht entsprochen.

„Die 10H-Regelung ist völlig willkürlich gewählt."
Bei der mündlichen Verhandlung der Klage haben die Vertreter der Staatsregierung kein einziges Argument vorgebracht, weshalb der Abstand zwischen einer Windkraftanlage und dem nächstgelegenen Wohnhaus ausgerechnet die zehnfache Anlagenhöhe betragen sollte. Ich hätte von den Verfassungsrichtern daher erwartet, dass die Abstandsregelung – wenn sie schon nicht gekippt wird – zumindest nachgebessert werden muss. Diese Hoffnungen hat sich jetzt in Luft aufgelöst. Das ist ein herber Rückschlag für die Energiewende und den Ausbau der Windkraft in Bayern.

Die Auswirkungen der 10H-Regelung sind verheerend. Die Zahl neuer Genehmigungsanträge für Windräder in Bayern ist fast komplett zusammengebrochen. Unklar ist, wie die Staatsregierung nun ihre selbst gesetzten Energiewendeziele erreichen will. Nach Fukushima gab sie als Ziel aus, dass zusätzlich zu den damals bestehenden 410 Windrädern weitere 1.500 Windräder bis zum Jahr 2021 ans Netz gehen sollten. Derzeit gibt es in Bayern aber gerade einmal 937 Windenergieanlagen.

Die Urteilsbegründung des Gerichts, künftig niedrigere Windräder zu bauen, halte ich für völlig praxisfremd. Windräder mit einer Gesamthöhe von 150 Metern sind unter den aktuellen Marktbedingungen in Bayern nicht wirtschaftlich zu betreiben. Das im EEG geplante Ausschreibungsmodell wird den Windkraftausbau in Bayern vollends unmöglich machen. Bürgerenergieanlagen, die bisher vor Ort große Akzeptanz erfahren haben, wird es künftig leider nicht mehr geben. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Die 10H-Regelung ist eine Bestimmung in der Bayerischen Landesbauordnung, welche festlegt, dass Windkraftanlagen „einen Mindestabstand vom 10-Fachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen, innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile und im Geltungsbereich von Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB einhalten" müssen.

Mindestabstand **10×H**

Neue Auffangstation für Reptilien

Der Freistaat ist in der Pflicht

Wie geht es weiter mit der Reptilienauffangstation? Fakt ist: Die bisherige Auffangstation in der Münchener Kaulbachstraße ist zu klein, die Terrarien stapeln sich bis unter die Decke. Tierärzte und Pfleger versorgen unter schwierigsten Bedingungen jährlich bis zu 1.200 Giftschlangen, Echsen oder Vogelspinnen.

Die Auffangstation in München ist nicht nur die größte ihrer Art für exotische Haustiere in Deutschland, sie unterstützt darüber hinaus zahlreiche Kommunal- und Landesbehörden, beispielsweise durch die Verwahrung behördlich beschlagnahmter Tiere oder durch die Schulung von Feuerwehrleuten, Polizisten und Veterinärämtern. Die Station bildet zudem Bundeswehrsoldaten vor Auslandseinsätzen im Umgang mit Gifttieren aus. Sie übernimmt also auch staatliche Aufgaben.

Mit jährlich über 1.200 geretteten und weitervermittelten exotischen Tieren ist die Münchener Auffangstation für Reptilien die größte ihrer Art in Deutschland. Im Bild links Benno Zierer, MdL, mit einer ungiftigen Kornnatter.

„Bei der Finanzierung ist der Freistaat in der Pflicht. Wir können sechs Meter lange Würgeschlangen schließlich nicht in einem normalen Tierheim unterbringen."

Benno Zierer, MdL, umweltpolitischer Sprecher

Wir FREIE WÄHLER haben daher die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, gemeinsam mit dem Trägerverein der Auffangstation ein Finanzierungskonzept für einen Neubau auf einem Grundstück in Neufahrn bei Freising, für das der Verein bereits ein Vorkaufsrecht hat, zu erarbeiten.

Aus unserer Sicht gibt es zu einem Neubau in Neufahrn bei Freising keine sinnvollen Alternativen. Die Gemeinde bietet das Grundstück für zehn Euro pro Quadratmeter zum Kauf an: eine günstigere Gelegenheit gibt es im Großraum München sicherlich nicht. Durch die Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein Freising, der auf dem benachbarten Grundstück das neue Freisinger Landkreis-Tierheim baut, werden sich finanzielle Synergieeffekte für beide Vereine ergeben. Beide Vereine könnten sich Kosten teilen und Geld sparen, zum Beispiel beim Bau der Zufahrtsstraße. Der Tierschutzverein hat sogar auf die Option verzichtet, einen Teil des Grundstücks selbst zu kaufen, das für die Reptilienauffangstation vorgesehen ist. Trotzdem lehnte die CSU-Mehrheit unseren Vorschlag ab. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die CSU die dringend benötigte Lösung vorstellt. ■

Benno Zierer, MdL
Umweltpolitischer Sprecher

Gigabit-Offensive für den Mittelstand

Bayern hinkt international meilenweit hinterher!

Seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag kämpfen wir für eine ausreichende Breitbandversorgung, vor allem im ländlichen Raum. Vor einiger Zeit verkündete Minister Söder stolz, mit dem Breitbandausbau in Bayern gehe es besser voran als geplant. Das mag auf den ersten Blick so sein, doch international betrachtet hinkt Bayern meilenweit hinterher. Dies betrifft vor allem die etwa 62.000 mittelständischen Unternehmen in Bayern – das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft! Im Unterschied zu Privathaushalten, für die eine Leistung von 50 Mbit/s meist ausreicht, brauchen diese Firmen bereits jetzt oder in naher Zukunft Bandbreiten von 500 bis 1.000 Mbit/s, um im internationalen Wettbewerb bestehen und voranmarschieren zu können.

Wir haben die Staatsregierung deshalb mit einem Antrag aufgefordert, den Bedarf bayerischer Unternehmen an leistungsfähigem Breitbandinternet zu ermitteln und darauf aufbauend ein Förderprogramm zu entwerfen, das die unverzügliche Beseitigung der festgestellten Versorgungslücken möglichst bis 2018 zum Ziel hat. Wir wollen damit standortunabhängig überall in Bayern gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen. Gerade im ländlichen Raum würden Betriebe in besonderer Weise profitieren.

Mit unserem Antrag für ein leistungsfähiges Internet greifen wir eine Forderung des Arbeitskreises „Industrie 4.0“ im Mittelstandsbeirat des Bundeswirtschaftsministeriums auf. Einige Wochen später erhob auch EU-Kommissar Oettinger eine ähnliche Forderung für die deutsche Wirtschaft und auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) sieht Handlungsbedarf. Gerade in ländlichen Gemeinden sei der Aufholbedarf gegenüber Ländern wie der Schweiz oder den Niederlanden einer Studie zufolge immens.

Dennoch lehnte die CSU-Mehrheit im zuständigen Wirtschaftsausschuss unseren Antrag mit der fadenscheinigen Begründung ab, dass die darin enthaltenen Forderungen bereits erfüllt seien. Wer die Situation bei den Unternehmen vor Ort kennt, würde wohl nicht so argumentieren. ■

Johann Häusler, MdL
Handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

Langsamer geht’s nicht: Internet im bayerischen ländlichen Raum.

Interview

„Ingenieure sind wichtige Qualitätsgaranten unserer Gesellschaft“

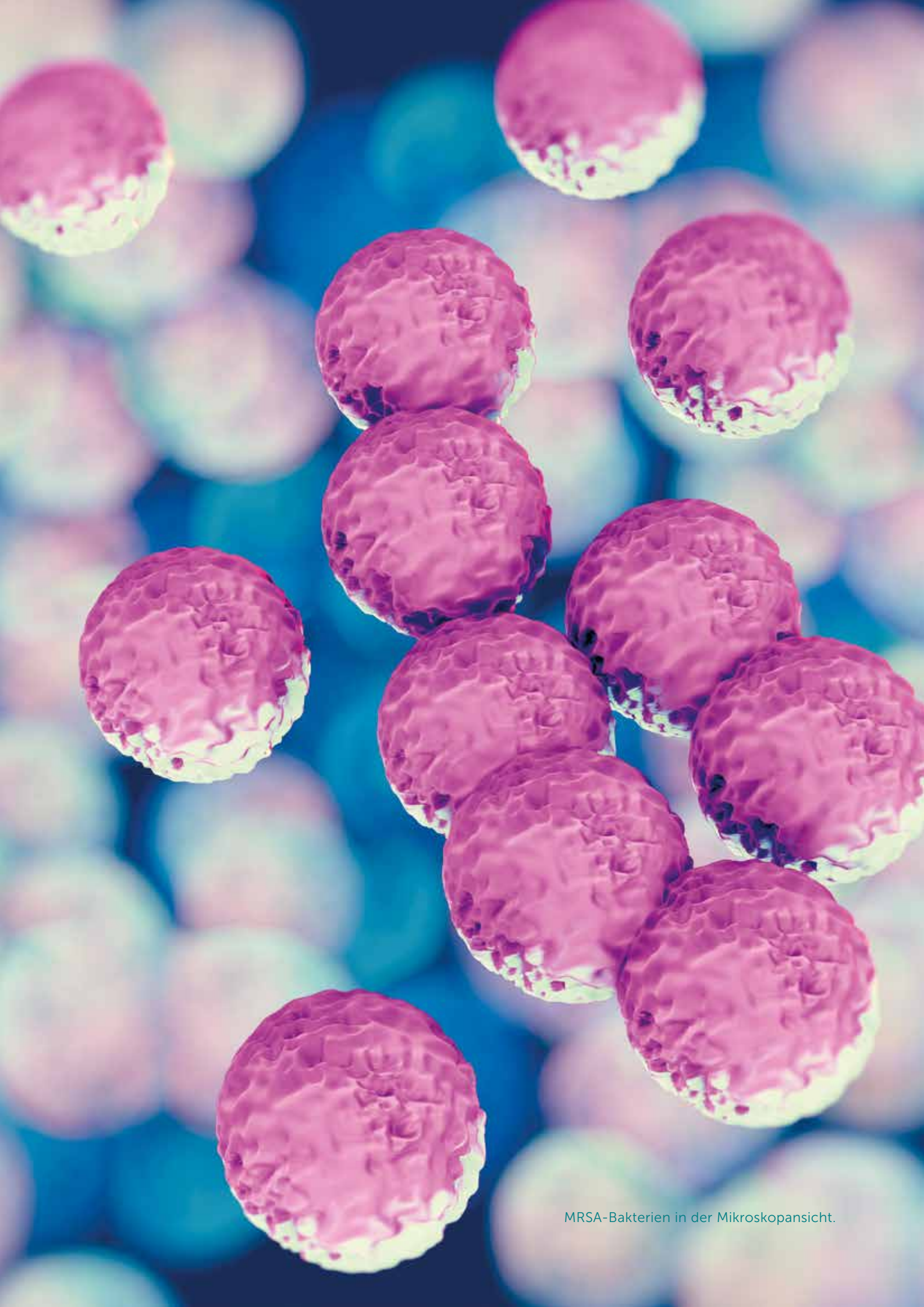
Herr Glauber, warum wurde eine Neufassung des Bayerischen Ingenieurgesetzes notwendig?
Mit der Neufassung wird eine europäische Richtlinie umgesetzt, die zum Ziel hat, erworbene Berufsqualifikationen in Europa besser vergleichen zu können und die gegenseitige Anerkennung zu erleichtern. Das entsprechend geänderte Berufsqualifikationsgleichstellungsgesetz ist seit 1. Januar 2016 in Kraft, nun müssen die Änderungen der europäischen Berufsanerkennungsrichtlinie auch im Ingenieurgesetz umgesetzt werden.

Wie bewerten Sie den vorliegenden Gesetzentwurf?
Eines vorweg: Von meiner Seite aus hätte es das neue Gesetz nicht gebraucht. Deutsche Ingenieurskunst ist weltweit ein Qualitätsbegriff. Das bestehende Ingenieurgesetz hat alles bestens geregelt. Die Neuregelung wird dies auf den ersten Blick zwar grundsätzlich nicht ändern, doch bergen Gesetzesänderungen immer die Gefahr versteckter Hintertürchen, die dann auf dem Klageweg „geöffnet“ werden. Ich sehe hier durchaus Gefahren, etwa bei den Zulassungsregelungen oder der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI). Wir müssen alles tun, um die deutschen Qualitätsstandards nicht zu gefährden.

Welche Änderungen müssen noch vorgenommen werden?
Wir drängen darauf, dass das Gesetz auch für Innen- und Landschaftsarchitekten gelten muss. Architekten sind auch Ingenieure. Allerdings sind im vorliegenden Gesetzentwurf nur die Hochbau-Architekten genannt. Wir fordern, hier explizit auch die Innen- und Landschaftsarchitekten zu nennen. Mitunter entstand der Eindruck, dass die Mehrheitsfraktion und die Regierung in diesem Punkt ihren eigenen Gesetzentwurf nicht verstehen. Wir hoffen auf eine deutliche Klarstellung im Ausschuss oder im Plenum, damit an dieser Stelle nicht der erste Fehler im Gesetz entsteht. Solche Fehler zu verhindern ist eine wichtige Aufgabe für uns als Opposition im Bayerischen Landtag.

Herr Glauber, vielen Dank für das Gespräch.

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher



MRSA-Bakterien in der Mikroskopansicht.

Treffen mit Landesarbeitskreisen

Kampf gegen resistente Keime!

Als Mitgliedern der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist uns die Zusammenarbeit mit unseren Landesarbeitskreisen sehr wichtig. So nahmen auch unsere Fraktionskollegen Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Nikolaus Kraus und Benno Zierer die Einladung von Annette Walter-Kilian zu einem bereichsübergreifenden Arbeitstreffen mit dem Thema „Kampf gegen resistente Keime“ nach Landshut gerne an.

Unsere Experten aus den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Ernährung waren sich einig, dass wir in der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für die Problematik von Antibiotikaresistenzen brauchen. Durch die Verknüpfung der betroffenen Bereiche, also Gesundheit, Landwirtschaft und Umwelt, übernehmen die FREIEN WÄHLER hier eine Vorbildfunktion. Nur so lassen sich Fortschritte im Kampf gegen diese gefährlichen Resistenzen erzielen.

„Nur durch eine sinnvolle fachübergreifende Verknüpfung können wir Antibiotikaresistenzen bekämpfen.“

Dr. Karl Vetter, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher

Wie groß die Gefahr durch Antibiotikaresistenzen tatsächlich ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: In Deutschland gibt es jährlich 15.000 Tote (wobei von einer Dunkelziffer von etwa 40.000 auszugehen ist) und etwa 500.000 behandlungsassoziierte infizierte Patienten. Eine sinnvolle Maßnahme ist sicherlich ein prästationäres Screening, also ein Test auf eine Infektion mit multiresistenten Keimen, vor planbaren Krankenhausaufenthalten.

Derzeit wird ein derartiges Screening in der Regel nicht durchgeführt, es sei denn, der Patient übernimmt die Kosten. Nach unserer Auffassung müssen die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet werden, die Kosten für derartige Vorsorgemaßnahmen im Rahmen der Prävention zu übernehmen. Unsere Fraktion konnte sich zwar im Landtag mit einem entsprechenden Antrag durchsetzen, doch steht die Umsetzung durch die Krankenkassen immer noch aus.

Weitere notwendige Strategien sind die Schaffung von bundeseinheitlichen Hygienevorschriften, eine gesunde Tierhaltung, die den Einsatz von Antibiotika reduziert, und eine bessere Information der Bevölkerung und der Politik für alle betroffenen Bereiche. Der wichtigste Faktor bei resistenten Keimen sind Produkte mit Antibiotikarückständen. In den USA gibt es die sogenannten Farmers Markets, wo Farmer Medikamente ohne jegliche Kontrolle durch Behörden kaufen können. Auch aus diesem Grund sagen wir FREIE WÄHLER Nein zu TTIP, da der in den USA erlaubte Einsatz von Antibiotika und von Hormonen zur Wachstumsförderung die Gesundheit von Mensch und Tier gefährdet. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Die Mitglieder des Arbeitskreises Antibiotika (v.l.n.r.): Ludwig Hammel, stellv. Vorsitzender AK Gesundheit; MdL Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer; MdL Dr. Karl Vetter; Kreisrätin Oberbayern Marianne Heigl; MdL Dr. Leopold Herz; MdL Nikolaus Kraus; Annette Walter-Kilian, AK Gesundheit und Pflege; stellv. Landrat München Land Otto Busjäger; MdL Benno Zierer.

Finanznöte

BR muss Weichen neu stellen

Die Finanznöte des Bayerischen Rundfunks werden seit dem Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs in den verschiedensten Gremien diskutiert. Die Lage ist ernst. Im Hinblick auf die stetig wachsenden Personalkosten wird das verfügbare Budget für Programmgestaltungen ständig kleiner. Seit Jahren hat es keine Veränderungen der monatlichen Beiträge, die derzeit bei 17,50 Euro liegen, mehr gegeben – daran wird sich auch künftig nichts ändern. Auch wir FREIEN WÄHLER haben uns schon gegen eine Erhöhung der Beiträge ausgesprochen.

Auf diese Entwicklung hat der BR in den vergangenen Jahren mit Einsparungen in allen Bereichen reagiert, unter anderem sollen bis 2025 450 Vollzeitstellen in der Fernsehproduktion abgebaut werden. Allerdings werden solche Schritte künftig allein nicht mehr ausreichen.

Wir FREIEN WÄHLER erwarten, dass der BR mit seinem zur Verfügung stehenden Budget von zirka einer Milliarde Euro pro Jahr ein Programm für alle Altersschichten und Interessengruppen zustande bringt. Reagiert werden muss auf die immer größer werdende Konkurrenz, unter anderem im Bereich Internet, sowie auf das sich zunehmend ändernde Nutzerverhalten. Dass um 20 Uhr die Tagesschau eingeschaltet wird, passt nicht mehr in das Lebensmodell junger Zuschauern. Sie schauen Fernsehen, wenn sie Zeit haben. Das Vorhalten einer großen Videothek oder der Abruf von Sendungen „on demand“ werden künftig im Fernsehen bestimmend sein.

Im Rundfunkbereich muss der BR auf die Kritik der Hörer, dass BR-Klassik und Volksmusiksendungen weitgehend nur noch digital zu hören sind, reagieren. Möglich ist dies durch eine massive Werbung für das Digitalradio. Wir fordern auch, dass in Autos digitale Radios künftig zur Standardausrüstung gehören, weil insbesondere beim Autofahren viel Radio gehört wird.

Für den BR werden die Zeiten schwieriger und die Ansprüche höher. Dennoch bekennen wir FREIEN WÄHLER uns klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Hier werden Leistungen erbracht, die private Sender nicht liefern können, wie zum Beispiel der Informationskanal BR 5 oder die aufwendig recherchierten Kultur- und Informationssendungen. ■

Alexander Muthmann, MdL
Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks

FRAKTION VOR ORT ...

... in Altenstadt an der Waldnaab

Brauchen wir für die Energiewende große Stromtrassen durch unser Land? Die FREIEN WÄHLER sind davon überzeugt, dass der Netzausbau deutlich reduziert werden kann – etwa durch Stromspeicher, besseres Nachfragemanagement, Stromeinsparungen und Reservekraftwerke in Süddeutschland. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Lorenz Jarras stellte interessierten Gästen dazu ein Gutachten vor.

... in Scheinfeld

Gemeinsam mit zahlreichen Besuchern diskutierten MdL Dr. Karl Vetter und MdL Gabi Schmidt über die Hausarztversorgung auf dem Land.

Volksabstimmung zu TTIP und CETA

Die FREIEN WÄHLER machen gegen die geplanten Freihandelsabkommen mobil

Die geplanten internationalen Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoßen seit geraumer Zeit auf ein gewaltiges öffentliches Interesse. So haben erst im vergangenen Oktober etwa 250.000 Menschen aus dem Bundesgebiet gegen CETA, TTIP und TiSA in Berlin demonstriert. Die allgemeine Skepsis gegenüber diesen drei Abkommen ist auch speziell in Bayern groß.

„Einer TNS-Emnid-Umfrage aus dem vergangenen November zufolge halten 55 Prozent aller Bayern TTIP für eine ‚schlechte Sache für Deutschland'."

Als FREIE WÄHLER nehmen wir diese Bedenken ernst und wollen die umstrittenen Vertragswerke noch verhindern. Denn die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA werden für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen, das Handwerk, den Mittelstand und die Landwirtschaft weitreichende Auswirkungen haben.

Nach heutigem Informationsstand ist vor allem eine Aufweichung unserer Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales, Verbraucherschutz, Kultur, Bildung, Gesundheit und Datenschutz, aber auch ein neuer Liberalisierungsdruck im Bereich öffentlicher Dienstleistungen (z. B. bei der Trinkwasserversorgung) zu befürchten.

Stationen unserer Unterschriftenaktion waren bisher: Goldkronach (1.3.), Emskirchen (2.3.), Bad Heilbrunn (8.3.), Oberasbach (12.5.), Zirndorf (18.5.), Birkenfeld (30.5.), Oberammergau (3.6.), Wörth am Main (6.6.), Maisach (7.6.), Waldsassen (9.6.) und Wilhermsdorf (15.6.).

Startschuss für die Unterschriftenaktion war am 8. März. Mittlerweile konnten wir über 17.000 Unterschriften sammeln. Ich danke allen, die uns bisher dabei unterstützt haben.

„Mit unserer Unterschriftenaktion wollen wir der Staatsregierung klarmachen, dass sie auf dem Holzweg ist, wenn sie im Bundesrat für die Freihandelsabkommen in ihrer jetzigen Form stimmen sollte."

Hubert Aiwanger,
Fraktionsvorsitzender

Die Unterzeichner fordern mit ihrer Unterschrift den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung auf, Volksbefragungen nach Art. 88a Landeswahlgesetz über die geplanten Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA durchzuführen. Dies soll geschehen, sobald die jeweiligen Abkommen auf europäischer Ebene erfolgreich abgeschlossen wurden und sofern sie im Bundesrat ratifiziert werden müssen. Dabei ist das Ergebnis der jeweiligen Volksbefragung bei der Abstimmung der Staatsregierung im Bundesrat vollständig zu berücksichtigen.

Parallel dazu veranstaltet unsere Fraktion zahlreiche Infoveranstaltungen in ganz Bayern, um die Bevölkerung genauer über die Freihandelsabkommen und die damit verbundenen Risiken zu informieren, und bringt darüber hinaus parlamentarische Initiativen dazu ein.

Ab 10. Juli startet in Bayern mit Unterstützung der FREIEN WÄHLER außerdem ein Volksbegehren gegen CETA. Die Teilnahme haben wir auf unserer Landesdelegiertenversammlung am 30. April in Traunreut beschlossen. Bitte unterstützen Sie uns auch hier! ■

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich bin überzeugt, dass …

… unsere Gemeinden wieder mehr Handlungsfreiheit brauchen. Vernünftige und bürgernahe Lösungen sollen gemeinsam vor Ort gefunden werden.

Im 21. Jahrhundert gehören Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gemeinsam können wir eine starke regionale Landwirtschaft, gesunde Nahrungsmittel und eine sichere und erschwingliche Energieversorgung erreichen."

Nikolaus Kraus

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Geboren am 21. August 1965

Wohnort: Ismaning bei München

Verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Landwirt

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, wäre mein Wunsch, …
… dass alle Menschen in Bayern von ihrer ehrlichen Arbeit leben können.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …
… genau das machen, was ich jetzt mache: Bayerischer Landtagsabgeordneter.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich …
… versuchen, noch mehr Politiker in die Schulen zu bringen und auch noch mehr Schüler in die Parlamente einzuladen, weil der direkte Kontakt durch nichts zu ersetzen ist.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich …
… viele heimische Serien und Sendungen ohne Werbepausen bringen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich …
… eine Rundreise durch Bayern vorschlagen, natürlich mit ganz viel Oberbayern dabei.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich …
… ausschlafen und dann mit meiner Familie gut essen und trinken und einfach nichts tun.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich …
… mich auf den Jakobsweg begeben (pilgern).

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte …
… würde ich in die Zukunft reisen und dann wieder zurückkehren, um die Fehler, die wir jetzt vielleicht machen, zu verhindern.

KURZ BERICHTET

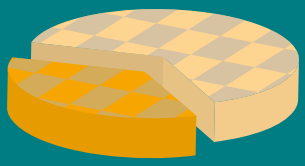
Besuch bei der UNO

Im Rahmen einer Delegationsreise nach New York hat sich die Kinderkommission des Bayerischen Landtags über Stand und Umsetzung der weltweiten Kinderrechte informiert.

Die FREIE WÄHLER Fraktion war mit der Abgeordneten Gabi Schmidt (Bild, 2. v. r.) vertreten. Im Zentrum der Gespräche mit den Vereinten Nationen standen die 1992 in der Bundesrepublik in Kraft getretene UN-Kinderrechtskonvention und deren Umsetzung in Bayern. Weitere Themen, die auch mit Initiativen und Organisationen außerhalb der UN besprochen wurden, waren die Stellung von Minderjährigen in unterschiedlichen Kulturen sowie das Phänomen Gewalt. Die UN arbeiten derzeit an einem neuen Bericht, der bald veröffentlicht werden soll. Großer Bestandteil des Berichts soll auch die gezielte Gewalt gegen Schulen sein. ■

Zahl des Quartals

Dreiunddreißig



33 der 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte sind nun Räume mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH). Dazu kommen noch 149 Gemeinden RmbH.

RmbHs sind strukturschwache Regionen oder auch nur einzelne Kommunen, welche besonders gefördert werden müssen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Bayern anzustreben und im besten Fall sicherzustellen.

... WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Donnerstag, 24. März

Mit insgesamt fünf Anträgen fordern die FREIEN WÄHLER eine Ertüchtigung des Münchener S-Bahn-Netzes. Unter anderem sollen unabhängig von den Planungen zur zweiten Stammstrecke für sämtliche Außenast-Abschnitte, d. h. alle außerhalb des Stadtgebietes München liegenden Trassen, Bahnhöfe und sonstige Infrastruktur, weitere bislang nicht berücksichtigte, aber jeweils örtlich geforderte Ertüchtigungsmaßnahmen mit den jeweils betroffenen Kreisen, Kommunen und Bürgern erörtert werden. Ein darauf basierendes, erweitertes Maßnahmenpaket soll dem Landtag bis Juli 2016 dargelegt werden.

Mittwoch, 1. Juni

Welche Folgen hat das geplante Freihandelsabkommen CETA für die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern? Darüber fordern wir einen Bericht der Staatsregierung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport.

Mittwoch, 8. Juni

Die FREIEN WÄHLER reichen ein Antragspaket „Schnelles Internet in Bayerns Zügen“ ein. Darin fordern sie eine volle Netzabdeckung entlang bayerischer Bahnstrecken, freies WLAN in allen Regionalzügen und eine Ausrüstung der Schienenfahrzeuge mit Signalverstärkern, damit das an der Bahnstrecke empfangene Signal auch im Zuginneren ankommt.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift